

Oktober 1999

Volker Wartmann

## Unter einem Himmel

Grenzübergreifender Klimaschutz  
Städtepartnerschaften und Joint-Implementation-Projekte

Auf Initiative der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie haben die Umweltminister der Bundesländer Ende 1997 beschlossen, sich verstärkt um die Entwicklung und Umsetzung von Joint-Implementation-Projekten (JI) zu bemühen. JI bedeutet, Maßnahmen zum Klimaschutz kosteneffektiver in anderen Ländern zu realisieren, weil dort die Reduktionspotentiale für Klimagase noch größer sind. Umweltsenator Peter Strieder hatte angeregt, daß Kooperationen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern dabei im Vordergrund stehen sollen.

Endzeitstimmung:  
Industriekombinat in der Region Kusbas/Sibirien

## Joint Implementation

Unter Joint Implementation wird die Durchführung von Kohlendioxid-vermeidenden Maßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern verstanden, die die Industrieländer dann auf ihre nationale Klimabilanz entsprechend ihrem Einsatz anrechnen. So können sie ihre Verpflichtungen zur Kohlendioxid-Verringerung erfüllen. Durch eine gemeinsame Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen könnten bestehende Kostenvorteile von Klimaschutzprojekten außerhalb der westlichen Industrienationen ausgenutzt werden. Eine solche Kompensationslösung ist umstritten. Mehr Klimaschutz zum gleichen Preis oder Kostenvorteile für die Wohlhabenden? Die Befürworter argumentieren, dass es nur auf die absolute Kohlendioxid-Reduzierung ankäme. Es sei unwichtig, wo sie erreicht würde. JI sei ein flexibles Instrument, dies zu erreichen. Die Gegner von JI halten entgegen, dass es sich dabei um ein „Abläss-System“ handle, welche die Hauptverursacher von Treibhausemissionen in die Lage versetze, ihren wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber den Entwicklungsländern noch weiter auszubauen, da sie – zumindest vorerst – ihren Energiekonsum beibehalten könnten wie bisher (vgl. Stadtforum No.32).

Maria Rosaria Di Nucci

Dazu ließ die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie die Studie "Kosteneffizienter Klimaschutz durch Joint-Implementation-Projekte" entwickeln: Die UmweltManagement-Beratung Hacker GmbH (UMB) wurde beauftragt, durch Konsultationen mit den drei Berliner Partnerstädten Budapest, Prag und Warschau geeignete Projekte zur kosteneffizienten Reduzierung von Treibhausgasen zu ermitteln und zu attraktiven, entscheidungsreifen und kurzfristig realisierbare JI-Projekten aufzubereiten. Das Ergebnis liegt jetzt vor.

Joint-Implementation-Projekte können auf der einen Seite zur sinnvollen Ausgestaltung von Städtepartnerschaften beitragen. Auf der anderen Seite könnten sie, wie die Klimaschutz-Referentin Maria Rosaria di Nucci betont, "ein hilfreiches Instrument für Berlin sein, um die hochgesteckten Klimaschutzziele zu erreichen". Berlin hat sich im Klima-Bündnis europäischer Städte und im Rahmen der Kampagne „Städte für den Klimaschutz“ eine freiwillige Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen zum Ziel gesetzt. Hinter dem vom Senat 1994 beschlossenen Energiekonzept steht das Ziel, den Kohlendioxid-Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 25 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dieses Vorhaben scheint durchaus erreichbar: Zwischen 1990 und 1997 sank der Kohlendioxid-Ausstoß in Berlin um etwa 17 Prozent.

Gemeinsam mit mehr als 700 europäischen Städten und Kommunen hat sich Berlin in einem Manifest zum Bündnis mit den indigenen Völkern der Regenwälder auch zum Ziel gesetzt, die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2010 (gegenüber dem Referenzjahr 1987) zu halbieren. Das

Erreichen dieses ambitionierten Zieles erklärte der Senat bereits 1994 nur dann für realistisch, wenn die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen geändert werden. Diese Voraussetzungen sind mit dem Kyoto-Protokoll Ende 1997 wesentlich erleichtert worden, besonders mit den Beschlüssen zu den flexiblen Instrumenten. Den Industriestaaten wird damit die Möglichkeit eingeräumt, ihre Verpflichtungen durch flexible internationale Zusammenarbeit wesentlich kostengünstiger zu erreichen. Eine völkerrechtlich verbindliche Regelung ist allerdings auch im letzten Jahr in Buenos Aires nicht gefunden worden. Mit einer sinngemäßen Übertragung der flexiblen Instrumente von der Ebene völkerrechtlicher Verpflichtungen von Staaten auf die Ebene der freiwilligen Selbstverpflichtung Berlin bedeutet dies, dass mit der JI-Konzeption für Berlin die grundsätzliche Chance besteht, das Ziel des Klima-Bündnisses noch wirtschafts- und sozialverträglich erreichen zu können.

Die UMB regt eine beispielgebende sinngemäße Übertragung der Klimaschutzverpflichtung auf den Verantwortungsbereich des Landes Berlin an. Im öffentlichen Sektor werden knapp zehn Prozent der gesamten Kohlendioxid-Emissionen Berlins verursacht. Zum öffentlichen Sektor zählen bezirks- und senatsverantwortete Einrichtungen, eigenverantwortliche Einrichtungen wie Polizei, Haftanstalten, Feuerwehr, Hochschulen und Krankenhäuser sowie Eigenbetriebe oder Anstalten öffentlichen Rechts wie die Berliner Verkehrsbetriebe und die Berliner Stadtreinigungsbetriebe.

Als wirtschaftlich werden von der UMB Projekte bewertet, bei denen

nicht mehr als 30,00 DM zum Vermeiden einer Tonne Kohlendioxid ausgegeben werden müssen. Die Partnerstädte Budapest, Prag und Warschau haben insgesamt 14 Projektvorschläge unterbreitet, fünf davon hält die UMB als JI-Demonstrationsprojekte für realisierbar: der Bau eines Blockheizkraftwerkes für ein Kinderkrankenhaus in Warschau, Treibstoffeinsparungen beim Betrieb eines Busdepots in Prag sowie Sanierungsmaßnahmen an drei Plattenbauten in Prag. Insgesamt bieten die fünf Angebote für JI-Demonstrationsobjekte die Möglichkeit, der Atmosphäre mit Investitionen von 4,3 Millionen DM etwa 18.600 Tonnen Kohlendioxid jährlich zu ersparen. Dies entspricht dem jährlichen Energiebedarf von knapp 4.000 Einfamilienhäusern.

Das entscheidende Problem für JI-Maßnahmen ist allerdings die Finanzierung. Die UMB schlägt konkret vor, beginnend mit dem Jahr 2001 jährlich steigende Landesmittel in JI-Projekte zu investieren. Dies ist jedoch angesichts der angespannten Haushaltslage derzeit unrealistisch, solange keine verbindlichen Ziele zum Klimaschutz auf nationaler und internationaler Ebene bestehen. Über eine freiwillige Durchführung von JI-Projekten wird derzeit mit Berliner Unternehmen verhandelt.

Der Autor lebt als freier Journalist mit dem Schwerpunkt Umwelttechnik in Berlin.